

Krakauer Zeitung.

Nr. 271.

Montag, den 26. November

1860.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Mrt., mit Versendung 5 fl. 25 Mrt. — Die einzelne Number wird mit 9 Mrt. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzelle für 7 Kr., für jede weitere Einrückung 3½ Mrt.; Stämpelgebühr für jed. Einschaltung 30 Nr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Nr. 16.010.

Vom Krakauer k. k. Ober-Landesgerichte wird bekannt gegeben, daß der mit dem Erlass des h. k. k. Justizministeriums vom 12. August 1860 S. 1184 im Sprengel des Carnower Kreisgerichtes mit dem Amtsbezirk in Dombröwka ernannte k. k. Notar, Herr Dr. Bernhard Nischl, den vorgeschriebenen Dienstest am 20. November 1860 bei diesem k. k. Ober-Landesgerichte abgelegt hat, und daß derselbe hierurch zum Untritt des Notaramtes ermächtigt ist.

Krakau, am 21. November 1860.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplome den publizierten Vice-Präsidenten des Ober-Landesgerichtes in Graz, Dr. Anton Hennig, als Ritter des Leopold-Ordens den Ordenstatuten gemäß in den Ritterkant des Österreichischen Kaiserstaates allergnädig zu ernennen geruht.
Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entscheidung vom 2. November d. J. dem Hilfsamts-Direktor des Landes-Ministeriums in Klagenfurt, Karl Uhl, anlässlich seiner Verleihung in den bleibenden Ruhestand, in Anerkennung seiner vielseitigen, treuen und eisprichtlichen Dienstleistung, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädig zu verleihen geruht.
Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entscheidung ds. dato Schönbrunn 14. November d. J. den Ehren-Domherrn, Direktor und Katecheten der Volksschulen in Begalia, Malhaus Bolach, zum wirklichen Domherrn am dortigen Kathedralkapitel allergnädig zu ernennen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 26. November.

Der „Westph. Anz.“ schreibt: Eine Nachricht, welche, wenn sie sich bestätigen sollte, äußerst wichtig sein würde, spricht von Verhandlungen, die am preußischen Hof stattgefunden haben sollen, um einen allgemeinen deutschen Fürstentag vorzuschlagen. Es soll nämlich die Absicht an hoher Stelle ausgesprochen sein, durch persönliche Zusammenkunft und den Austausch der Meinungen alle noch obschwedenden Differenzen auszugleichen, eine vollständige Annäherung zu bewirken und die deutschen Verhältnisse für alle Eventualitäten zu ordnen.

Nach einer offiziellen Mittheilung der „K.B.“ beruht es jedenfalls auf einem Mißverständnis, wenn man von neuerdings geschehenen übereinstimmenden Erklärungen Österreichs und Preußens in Kopenhagen spricht. England habe mutmaßlich in Kopenhagen Mittheilung über die Einwendungen gemacht, die seine in Berlin zu Gunsten dänischer Propositionen versuchten Schritte hervorgerufen haben. Möglich, daß daraus die irrite Nachricht über preußische Erklärungen in Kopenhagen entstanden ist.

In den bestunterrichteten Kreisen hält man, versichert der Main-Corresp. der „Prager Btg.“, den einst von gewisser Seite mit großer Vorliebe gepflegten Gedanken einer preußisch-englischen Allianz für verloren. In der italienischen Frage haben die beiden Cabinets sich zu einander fast diametral entgegenstehenden Grundsätzen bekannt, in der dänisch-deutschen Frage geht auch ihre praktische Politik auseinander, denn es ist nur zu sicher, daß England es übernommen hat — ohne freilich sich in die Verhältnisse des deutschen Bundeslandes Holstein einzumischen — in Bezug auf Schleswig die Ansprüche Dänemarks gegenüber Deutschland und namentlich Preußen in einer Weise zu vertreten, welche einer förmlichen Parteinaufnahme gleich zu achten ist. Der betreffende Eröffnung Englands ist von Seiten Preußens bereits eine sehr würdig und fest gehaltene Beantwortung zu Theil geworden und zwar, wie dort ausdrücklich konstatiert wird, nachdem man sich der vollen Zustimmung Österreichs dazu verpflichtet hat.

Die Nachricht der „Weser-Zeitung.“ Preußen habe auf die Russellsche Note vom 27. Oktober eine äußerst scharfe Entgegnung ertheilt, beruht einer offiziellen Erklärung der „K.B.“ gemäß, auf einem völlig freilich sich in die Verhältnisse des deutschen Bundeslandes Holstein einzumischen — in Bezug auf Schleswig die Ansprüche Dänemarks gegenüber Deutschland und namentlich Preußen in einer Weise zu vertreten, welche einer förmlichen Parteinaufnahme gleich zu achten ist. Der betreffende Eröffnung Englands ist von Seiten Preußens bereits eine sehr würdig und fest gehaltene Beantwortung zu Theil geworden und zwar, wie dort ausdrücklich konstatiert wird, nachdem man sich der vollen Zustimmung Österreichs dazu verpflichtet hat.

In einem Pariser Schreiben eines Berliner Blattes, war schon früher die Vermuthung aufgestellt, daß die Kaiserin Eugenie nur deshalb nach Schottland gereist sei, um dem Kaiser eine Gelegenheit zu einem Besuch in England zu geben, der damit „den fürstlichen Begegnungen in Deutschland ein Paroli biegen“ will. Die Vermuthung scheint durch die jetztgemeldete Seiten der Königin Isabella in Händen haben.

Mitteilung des Reuter'schen Bureau's ihre Bestätigung zu erhalten, und die mysteriöse Fahrt der französischen Kaiserin, deren Gesundheit, wie Pariser Hofärzte erklären, weder alterirt, noch bedroht ist, fände mit einemmale ihre volle Deutung. Gleich im ersten Momente, als die schottische Reise der Kaiserin bekannt ward, hatte man irgend ein politisches Motiv gewittert.

Kaiser Napoleon soll nun fest entschlossen sein, der römischen Frage ein Ende zu machen. Er weiß, daß im Kardinal-Kollegium eine Partei besteht, welche, um weiterem Unheil vorzubeugen, wünscht, daß der Papst der weltlichen Macht entsage und sich mit Victor Emanuel verbinde. Man behauptet nun, daß der Kaiser in Einverständniss mit dem Turiner Hof ein Ultimatum an den Papst gesendet habe. Die Abreise der Kaiserin wird zum Theil dem Interesse zugeschrieben, welches sie als Spanierin für den Papst hegt, für den sie mehr als einmal kniend den Kaiser gebeten haben soll. Das Circular Villault's gegen die Comites zur Sammlung der Gaben für den Papst muß gleichfalls als ein Ultimatum betrachtet werden, das der Kaiser den Ultramontanen stellt. Die Maßregel geht zunächst von der Voraussetzung aus, daß der Geldmangel Pius IX. möglicherweise eines Tages nötigen wird, Rom zu verlassen oder sich in Allem und Jedem den Wünschen Frankreichs zu fügen.

Ein Correspondent der „Indep. belge“ kommt in einem Schreiben aus Turin vom 18. d. M. auf die schon früher von ihm berichtete Nachricht zurück, daß Frankreich an Piemont die Versicherung ertheilt habe, es wolle seine Occupationstruppen aus Rom binnen kurzem zurückziehen.

Laut diplomatischen Mittheilungen an den Buntstift ist in Rom die Frage, ob, im Falle der Papststadt verlassen sollte, nicht Luzern die geeignete Stadt für dessen einstweiligen Wohnsitz sei, mit allem Ernst in Beratung gezogen worden.

Eine Pariser Korrespondenz, welche von der noch bestehenden Wahrscheinlichkeit eines Rücktritts des Hrn. v. Thouvenel spricht, deutet auf Benedetti, den jetzigen Direktor der politischen Abtheilung, als seinen Nachfolger hin. Dieser noch junge Diplomat ist, im vollen Sinne des Wortes, eine Vertrauensperson des Kaisers. Er hat während der Italienischen Angelegenheit die zartesten Unterhandlungen in Händen gehabt, und man sollte deshalb glauben, daß er sich für eine Phase, in welcher es sich wahrscheinlich darum handeln wird, den persönlichen Willen des Kaisers durchzusetzen, ganz besonders eignet. Benedetti hat jedoch den Prinzen Napoleon zum Gegner, und dies soll in der gegenwärtigen Lage der Dinge seine Aussichten vermindern.

Das „J. d. Odbats“ hebt hervor, wie sehr die „M. Post“ den Abmarsch der Franzosen aus Syrien wünsche, für welchen der Termin heranrücke. Der „Monde“ sagt: der „Siècle“ oder was dasselbe heißt, die Regierung beabsichtige die katholische Kirche in Frankreich mehr und mehr zu „gallicanisieren“, aber es sei im Grunde nichts als Schisma und Ketzerei.

Die „Dest. Btg.“ versichert, daß der türkische Gesandte keinen auf die von Frankreich angestrebte terminlose Verlängerung der syrischen Occupation bezüglichen Auftrag erhalten habe. Diese Occupation ist bekanntlich nur bis April 1861 anberaumt.

Man vernimmt aus Konstantinopel, daß es dort zwischen den Gesandten Frankreichs und Englands, von Seiten Preußens bereits eine sehr würdig und fest gehaltene Beantwortung zu Theil geworden und zwar, wie dort ausdrücklich konstatiert wird, nachdem man sich der vollen Zustimmung Österreichs dazu verpflichtet hat.

Die „Weser-Zeitung.“ Preußen habe auf die Russellsche Note vom 27. Oktober eine äußerst scharfe Entgegnung ertheilt, beruht einer offiziellen Erklärung der „K.B.“ gemäß, auf einem völlig freilich sich in die Verhältnisse des deutschen Bundeslandes Holstein einzumischen — in Bezug auf Schleswig die Ansprüche Dänemarks gegenüber Deutschland und namentlich Preußen in einer Weise zu vertreten, welche einer förmlichen Parteinaufnahme gleich zu achten ist. Der betreffende Eröffnung Englands ist von Seiten Preußens bereits eine sehr würdig und fest gehaltene Beantwortung zu Theil geworden und zwar, wie dort ausdrücklich konstatiert wird, nachdem man sich der vollen Zustimmung Österreichs dazu verpflichtet hat.

Graf Favore unterhandelt aufs lebhafteste mit dem Pariser Cabinet, um die Waffen der neapolitanischen Truppen im Kirchenstaate und freie Hand, Gaeta vom Hafen aus zu beschließen, zu erlangen. Wie die „K.B.“ erfährt, zeigt man sich zu Paris unbedugsamer als man vermuten sollte. Man spricht davon, daß General della Marmora das Portefeuille des Krieges übernehmen und daß dem General Fanti die Organisation des südlichen Italiens obliegen werde. König Franz II. soll von Spanien Unterstützung erhalten und der Graf Favore Beweise dieser Feindseligkeit gegen Italien von Seiten der Königin Isabella in Händen haben.

Victor Emanuel bezog in Neapel den Palast Capo di Monte, wo sich ein Wilspark befindet. Er stattete einen Besuch bei seiner Base der Gräfin von Syracus ab. Die französische und englische Diplomatie bedrängt fortwährend den König Franz II. mit dem Rathe, den Kampf aufzugeben. Der König gab zur Antwort, daß er bis auf's Neuerste ausharren wolle, Gaeta könne sich bis zum Frühjahr halten und er könne unmöglich an die Zustimmung der europäischen Höfe und Vertreter des Legitimitätsprinzipes zu dem gegenwärtigen Stand der Dinge glauben. Darauf soll der französische Admiral erwidert haben, daß sich in diesem Falle die Beschützung des Königs und seiner Familie durch die französische Flotte in der bisherigen Weise nicht durchführen lassen.

Terracina ist nun doch definitiv von französischen Truppen besetzt worden. Es hat den Anschein, als wenn General Goyon die Unterbrechung der so wichtigen Communicationen zwischen Terracina und Gaeta nicht gestatten wolle.

Die „Union“ erfährt, daß im Widerspruch mit den Angaben mehrerer Journale, die Anwerbungen von Freiwilligen für den Dienst des heiligen Stuhles noch immer fortduern und insbesondere das franco-belgische Bataillon sich mit Erfolg recrutierte.

Graf Melana, Träger einer Mission der englischen Regierung nach Italien, wird in Turin erwartet. Die Mission, welche General Ulloa von Franz II. empfing, wird sich nicht auf den französischen Hof allein beschränken, sondern auch auf Wien, Berlin und St. Petersburg ausgedehnt werden. Wegen der Unruhen in Neapel hat der König die Restauration und Armierung des Forts S. Elmo abgeschlossen.

Über den bereits erwähnten Vorfall mit dem piemontesischen Admiralschiff „Maria Adelaide“ bringt das Journal „Il popolo d'Italia“ folgendes Nähere: Das piemontesische Admiralschiff entdeckte an der Küste nahe bei Gaeta ein Lager der bourbonischen Truppen und eröffnete das Feuer gegen dasselbe. Der Commandant des französischen Geschwaders erließ an das sardinische Schiff die Aufforderung, das Feuer einzustellen, und da dieser Aufforderung, obwohl sie wiederholt ward, keine Folge gegeben wurde, so feuerte das französische Fahrzeug auf die „Maria Adelaide“. Der sardinische Admiral ließ sich das gesagt sein und stellte das Feuer ein.

Die „Perseveranza“ widerlegt die Nachricht, daß ein piemontesisches Fahrzeug von den Franzosen beschossen worden sei.

Aus Turin vom 20. wird gemeldet, daß Vorbereitungen zum Angriffe auf die Citadelle von Messina gegenwärtig in der Arbeit sind, und daß derselbe binnen einigen Tagen erwartet werde.

Die „Perseveranza“ meldet aus Turin vom 22. d. M.: Diesen Abend reisen die Deputationen nach Neapel ab, dem König das Vertrauensvotum des Parlaments und Senats zu überreichen. Nach ihrem Empfang wird der König nach Palermo abgehen. Wie dasselbe Blatt meldet, besteht Kaiser Napoleon auf seiner Forderung, der Papst wolle der weltlichen Herrschaft entsagen und den Schutz seiner geistlichen Herrschaft dem Könige von Italien anvertrauen; da der Papst diese Forderung entschieden zurückweist, glaubt man, ein energisches Auftreten Seiten Frankreichs sei bevorstehend, um nach definitiver Beilegung der Römischen Frage das französische Besatzungs корпус abberufen zu können.

Die Königin Wittwe von Neapel ist, wie der Telegraph meldete, am 21. d. mit ihren jüngsten Kindern in Rom eingetroffen. Ferdinand's II. zweite Gemahlin Therese, vermählt am 9. Januar 1839, hat 9 Kinder; von diesen sind die drei ältesten, die Gräfin von Triani, Caserta und Gigante, bei ihrem Stiefbruder Franz in Gaeta geblieben, desgleichen derjenige von den Ehekindern des Königs, der seinem Neffen treu geblieben ist, der Graf von Trapani. Die Königin Marie, die Tochter des Herzogs Max in Bayern, ist ebenfalls noch in Gaeta geblieben.

Eine Depesche, welche die „Patrie“ aus Rom erhielt, meldet, daß die ganze Gränze des Kirchenstaates gegen Neapel durch die französischen Truppen besetzt werden soll. Zwei Linien-Bataillone hatten bereits den Befehl erhalten, Terracina zu besetzen, wo sie am 23. eintreffen sollten. Ein Fahrzeug des französischen Geschwaders vor Gaeta wird in Station vor Terracina bleiben.

Die „Opinion“ sagt: General Goyon intervierte bei der Unterhandlung bezüglich der Auslieferung des Neapolitanischen Truppen und Waffen nicht als Französischer, sondern als päpstlicher Bevollmächtigter. Er erklärte, die Truppen nach Neapel zurückzuschicken, nur weil es Neapolitanische Truppen sind, den Regie-

rungswechsel daselbst gänzlich ignorirend, die Waffen jedoch weder an Franz II. noch an Victor Emanuel, dessen Regierung er nicht anerkenne, auszuliefern. Ein Beitrag des derselben Blattes beweist die Unzulänglichkeit der Freiwilligenschaften zur „Befreiung“ Venetiens, fordert die Regierung auf, das stehende Heer schnell zu ordnen und zu verstärken, um es in einigen Monaten, wenn es nötig, in's Feld stellen zu können. Der Anfang der Feindseligkeiten lasse sich nicht auf einen Tag vorausbestimmen, aber Italien muß zum Frühjahr 300.000 gut disziplinierte Soldaten, aber nicht Recruten haben.

Am 21. d. telegraphisch in Genua eingetroffene Nachrichten aus Neapel melden der Triestiner Sferza zufolge, daß daselbst eine Contrarevolution ausgebrochen. Beim Abgang der Depesche von Neapel wurden daselbst Barrikaden errichtet.

Mieroslawski ist am 22. d. M. mit mehreren Polnischen Offizieren aus Paris in Genua eingetroffen und nach Neapel abgereist.

Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes. Sitzung am 19. September 1860.

(Fortsetzung.)

Nachdem Se. k. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Reichsrath s- Präsident die Sitzung eröffnet hatte, erbat sich der Leiter des Finanzministeriums Reichsrath v. Plener das Wort zu folgender Bemerkung:

„Er habe in Erfahrung gebracht, daß seine Auskündigung über die hochgegriffene Biss der Salzgefäßes in den Einnahmen für 1861 nicht richtig aufgesetzt wurde.“

Die Ursache, warum diese Biss im Jahre 1861 so bedeutend höher erscheint als in den früheren Jahren, liege einfach darin, weil in den früheren Jahren noch nicht der Kriegszuschlag bestanden habe. Seitdem sei zu den sämtlichen Einnahmen noch dieser Zuschlag hinzugekommen, auch habe der bisherige Erfolg des Einkommens im Jahre 1860 die gehegten Voraussetzungen vollkommen bestätigt, indem gegenwärtig schon ein bedeutender Überschuss als für 1860 präliminirt war, in die Kassen eingeflossen sei.

Weiter müsse er noch bemerken, daß die Salzlieferung für Russland nicht auf Verträgen aus der neuesten Zeit, sondern bereits lange her auf solchen aus früheren Jahren beruhe. Der diesjährige Vertrag wurde im Jahre 1851 nur erneuert und befindet sich noch jetzt in Kraft. Diese Salzlieferungen kommen somit in der Gesamtmenge nicht bloß in der neuen Zeit, sondern schon längst früher vor.“

Reichsrath Graf Szécsen verlas hierauf die folgende Stelle des Komité-Berichtes:

„Übergehend auf die Einnahmen vom Tabakmonopol läßt das Komité bei der gegenwärtigen für das Budget pro 1861 maßgebenden Finanzlage die Frage über Beibehaltung oder Auflösung des Monopols für jetzt unerörtert.“

„Die Frage ob? und wie? das Erträgnis durch verbesserte Fabrikationsweise, durch größere Vorräthe, durch Ersparnisse in derselben gesteigert werden könnte, und die weiteren Fragen, welche sich an diese knüpfen, erfordern eine eingehender Erörterung und eine weiter in das Detail gehende Erwägung als es der Rahmen dieses allgemeinen Berichtes zuläßt.“

„Das Komité glaubt daher sich darauf beschränken zu sollen, den erschöpfenden Bericht des Sub-Komités im Anschluße vorzulegen und zu beantragen, der hohe Reichsrath möge die in demselben bezüglich der Förderung der Kultur des Tabaks, der Erleichterung in den Beziehungen zwischen den Produzenten und den Uebernahms-Organen, der thunlich freien Handelsbewegung, endlich der Hebung des Exportes enthaltenden Andeutungen der reislichen Prüfung und Würdigung des k. k. Finanzministeriums empfehlen, insbesondere aber darauf anzuzeigen, daß die in den Allerhöchsten Verordnungen vom 27. März und 19. April 1860 enthaltenen Erleichterungen auf alle Länder ausgedehnt werden mögen, in welchen der Tabakbau betrieben wird.“

„Reichsrath Graf Bárkoczy: „Das Komité hat die wichtige Frage über den Tabak nach meiner Ueberzeugung vollkommen richtig und passend aufgefaßt. Es wird im Bericht besonderß betont, daß das Komité es nicht zweckmäßig gefunden habe, die Frage über die Beibehaltung oder die Auflösung des Monopols jetzt zu erörtern. Allerdings ist wohl die Beratung dieser Frage dermal nicht am Platze und es stellen sich die Verhältnisse so, daß kaumemand ernstlich den Wunsch hegen darf, das Monopol son für die nächste Zukunft aufgehoben zu sehen, und zwar nicht blos wegen des

hohen Ertrages dieses Monopols, welches bei den jehigen Verhältnissen einen Reinertrag von 31 Millionen abwirft, sondern auch besonders wegen der Umwälzung, welche dieses Geschäft in den letzten 8—10 Jahren durch den großen Verbrauch von Cigarren erlebt hat.

Dieser Verbrauch betrug einige Jahre früher kaum 100 Millionen Stück, während er sich gegenwärtig auf 900 Millionen, also nahe eine Milliarde Cigarren beläuft und bald auch diese Bissel noch übersteigen dürfte. Der Reinertrag der Cigarren ist weit größer als derjenige anderer Tabaksorten war, die man früher verkauft.

In dieser Beziehung hat das Comité ganz recht daran, der Gröterung über die Aushebung oder Belebung des Monopols auszuweichen.

Im dritten Absatz des gelesenen Theiles des Comité-Berichtes empfiehlt das Comité die bezüglich der thunlichst freien Handelsbewegung und der Hebung des Exports enthaltene Andeutung der reislichen Prüfung und Würdigung des Finanzministeriums. Ich glaube, daß dies gerade die wahre Aufgabe des Comités war, welche Aufgabe es in der angeschlossenen Beilage mit sehr schäbaren Details und nach meiner Ueberzeugung mit sehr richtigen Ansichten gelöst hat. Der Export war in den letzten 8—10 Jahren ein außerordentlich geringer, und das ist vielleicht die größte Schattenseite des Monopols und seiner Handhabung. In Ungarn — welches hier ein besonderes Interesse haben muß, weil es $\frac{1}{10}$ des ärarischen Tabaks liefert und auch sonst in der präliminären Revenue von 30 Millionen Gebühren auf Ungarn beständig $\frac{1}{2}$ kommt — ist diese Frage von größter Wichtigkeit. Der Export stellt sich nach diesen amtlichen Ausweisen und den schäbaren Beilagen, welche das hohe Finanzministerium hinsichtlich der indirekten Steuern dem hohen Reichsrath übertragen hat, in den letzten 8—10 Jahren durchschnittlich auf 55.000 Zentner. Diese Bissel ist im Vergleich mit dem, was man aus der Monarchie zum größten Nutzen einer weniger passiven und mehr aktiven Handelsbilanz ausführen könnte, äußerst gering.

Die so geringe Ausfuhr dieser für den Handel so wichtigen Pflanze ist aber kein nothwendiges Korollarium des Monopols.

Ich glaube die Schuld hievon liegt in der Art, wie das Monopol betrieben wird, vor Allem aber in den so sehr beengten fiskalischen Gesichtspunkten, welche die ärarische Tabakregie in dieser Beziehung bis jetzt beobachtet hat.

Auf den Export nehmen auch die indirekten Steuern Einfluß, welches Moment in meinen Augen das allerwichtigste für das Finanzministerium ist, und bezüglich dessen für die Zukunft eine wesentliche Veränderung eintreten sollte.

Es ist ferner aus den Vorlagen erschlich, daß seit zehn Jahren der Import der ausländischen Blätter im Durchschnitt 160—170.000 Zentner jährlich betrugen hat, und daß für diesen Import in neuen Jahren nahezu zwei Millionen Silbergeld verausgabt worden sind. Man kann hieraus entnehmen, welch ungemeiner Schade dadurch bereits dem Staate zugesetzt wurde, und man sollte daher mit allen möglichen Mitteln darauf hinwirken, daß die Produktion des Tabaks, dieser so wichtigen Pflanze, nicht abnehme, sondern zunehme.

Dabei wird nicht blos die Regie besser fahren und das Avar gewinnen, sondern man wird auch wohlfelere Preise ermöglichen.

Es wird aber auch ein weit größerer Nutzen sich ergeben, indem dadurch der Export wesentlich erleichtert wird. Alle Bemerkungen und Ansichten, die in

der Beilage Nr. 6 des Berichtes enthalten sind, sind nach meiner Meinung als außerordentlich wichtig zu beherzigen. Das Verlesen dieses Atenstückes dürfte hier nicht nothwendig sein; aber ich kann mich unmöglich enthalten, auf einige Stellen dieser Beilage hinzuweisen. Es ist hier in Anerkennung der Möglichkeit und Dringlichkeit, den Export des Tabaks in jeder Beziehung zu erleichtern, von Seiner Majestät am 27. März 1860 eine Allerhöchste Verfügung getroffen worden, deren Inhalt in der Beilage auseinandergesetzt ist. Das Comité bemerkte hierzu, daß die in dem Endabsatz des ersten Paragraphen der obigen Allerhöchsten Entschließung enthaltene Ermächtigung des Finanzministeriums, ausgedehntere Anbau-Lizenzen zu ertheilen, bei der bekannten ausschließlich kameralistischen Ansicht der Tabakregie die schädlichen Beschränkungen dieses Paragraphen nicht mindern und ganz wahrscheinlich eine fruchtlose bleiben werde.

Ohne einen Antrag zu stellen und vollkommen einverstanden mit dem ganzen Inhalte des Berichtes will ich den Herrn Leiter des Finanzministeriums nur auf diesen Passus aufmerksam machen und den Wunsch ausdrücken, daß der Export des Tabaks im Großen gefördert und erleichtert werde.

Inwiefern bis jetzt fast exklusiv-kameralistisch-fiskalische Rücksichten bei der Leitung dieses wichtigen Monopols beobachtet wurden, sollten dieseben auf eine geeignete Weise in die gebührenden Schranken zurückgewiesen und vor Allem darauf hingewirkt werden, daß, wenn schon das Tabakmonopol aus sehr vielen Rücksichten als unumgänglich nothwendig sich darstellt und noch lange Zeit beibehalten werden müssen, alle möglichen Erleichterungen und Förderungen nicht sowohl der Produktion als noch vielmehr dem Exporte gewährt werden. So wie bezüglich des Weins und des Spiritus, ebenso hat auch bezüglich des Tabaks die Staatsverwaltung einen mächtigen Faktor in Händen, um einen wohlthätigen Einfluß zu üben.

Wir wissen aus der Erfahrung, daß vor dem Jahre 1848 der Export des Tabaks besonders nach Italien und Frankreich einer der stärksten war.

In den letzten Jahren ist dies, aber nicht mehr

ein sehr großes Kapital repräsentieren, welches weder für den Staat noch für die Provinz fruchtbar ist. Er erwähnte, daß auf diese Gründe sich stützend, sowohl die öffentliche Verwaltung, als auch die Provinz wiederholt angesehnt hätten, daß ihr der Tabak unter denselben Bedingungen, wie in den anderen Provinzen bewilligt werde, und daß diese Bitte zwar niemals förmlich abgeschlagen, ihr jedoch auch niemals Folge gegeben wurde.

Conte Borelli bemerkte ferner, daß nach den von der öffentlichen Verwaltung gemachten Erfahrungen über den Anbau des Tabaks in Dalmatien die Gewiheit erlangt wurde, daß der Dalmatinische Tabak in seiner Qualität den aller anderen Provinzen des Reiches übertrifft. Die südliche Lage dieses königlichen, seine eigenthümliche Bodenbeschaffenheit mögen vielleicht die Ursache davon sein, es wäre mithin der Schaden sowohl des ganzen Reiches, als auch der Provinz, diesen günstigen Umstand nicht zu benutzen.

Er fügte bei, daß diese Vorlehrung die Provinz blos betrifft des Ankaufs der Ware entschädigt haben würde, aber nicht betrifft der Bereitungs-Urkunden des Tabaks; und erwähnte, daß einstens Ragusa eine berühmte Tabaksfabrik besaß, welche mit ihren Erzeugnissen nicht nur einen ausgedehnten Seehandel trieb, sondern auch die benachbarte Türkei versorgte.

Conte Borelli erwähnte ferner, wie die Stadt Ragusa, welche eine eigene ruhmreiche Geschichte besitzt, in der einstens die Künste und schönen Wissenschaften blühten, die durch maritime Bedeutung und Wohlstand in Flor war, jetzt in ökonomischer Hinsicht sehr herabgesunken ist, daß es mithin angemessen und nützlich wäre, in jener Stadt eine ärarische Tabaksfabrik zu errichten, und somit die Provinz auch hinsichtlich der Bereitungs-Urkosten zu entzögeln.

Er schloß mit der Bitte, der hohe Reichsrath möge in Erwägung der angeführten Gründe bei Sr. Majestät die allernächste Gewährung des Tabakbaues für das Königreich Dalmatien unter denselben Bedingungen, wie in den anderen Provinzen des Reiches, sowie die Errichtung einer Tabaksfabrik in Ragusa befürworten.

Nachträglich fügte er noch hinzu, daß die venetianische Republik den ganzen für sie nötigen Tabak in Nona bei Zara anbauen und bereiten ließ.

Über die Anfrage Sr. kais. Hoheit des Herrn Erzherzogs Reichsraths-Präsidenten, ob der gestellte Antrag unterstützt werde, erhoben sich mehrere der Herren Reichsräthe für denselben.

Graf Hartig bemerkte noch zur Unterstützung des Antrages, daß die Verhältnisse Dalmatiens ihm zwar nicht näher bekannt seien, daß es ihm aber sehr erwünscht scheine, wenn zur Hebung dieses Kronlandes alles dasjenige geschehen würde, was nur immerhin ausführbar erscheine, da es ein Land sei, welches eine sehr große Zukunft haben könnte.

Gegenwärtig seien die Verhältnisse Ragusa's gar nicht ausgeblieben, obwohl dort eine große Intelligenz und eine sehr thätige Industrie herrsche.

Graf Elam war der Ansicht, daß die Einführung des obigen Antrages am besten bei dem Absatz des Comitésberichtes geschehen könnte, wo es heißt: daß die in den Allerhöchsten Verfügungen vom 27. März und 19. April 1860 enthaltenen Erleichterungen, auf alle jene Länder ausgedehnt werden mögen, in welchen der Tabakbau betrieben wird, wornach beizufügen käme: „oder welche wie Dalmatien vorzüglich für denselben geeignet sind.“

Dieser Besatz würde genügen, ohne daß direkt eine weitere Spezialisierung eingeschaltet zu werden brauche.

Reichsrath Graf Hartig unterstützte diesen Antrag, wenn in diesem Bataille Dalmatiens ausdrücklich Erwähnung geschehe.

Bischof Strohmayer behielt sich das Wort für den Fall vor, wenn der Antrag angenommen und die Debatte noch fortgesetzt werden sollte, worüber Graf Elam bemerkte, nur eine Formulierung vorgeschlagen zu haben, damit die Debatte mit Rücksicht auf den formulierten Antrag fortgesetzt werden könne.

(Fortsetzung folgt.)

bahn von hier abgereist. Auf Freundschafts grüßend, elastischen Schritten, ging sie aus dem Gasthof zu dem gegenüberstehenden Eisenbahnwagen. In Koblenz wird die Eisenbahn eine Viertelstunde lang halten, da die Frau Prinzessin von Preußen die Kaiserin dort zu begrüßen wünscht. Der Kammerherr der Prinzessin, Graf Boos, war deshalb gestern hier anwesend. Die Kaiserin wird etwa um 2 Uhr in Berviers Mittags-tafel halten und darauf die Reise heute noch bis Antwerpen fortsetzen. Gestern Nachmittag, gleich nach ihrer Ankunft, fuhr unsere Frau Großherzogin aus dem „Deutschen Hause“ (dem sog. Palais) wo sie der Ankunft der Kaiserin entgegen gesehen, nach dem „Rheinischen Hof.“ Ueberaus freudig und herzlich war die Begrüßung. Rasch sieg die Frau Großherzogin die Treppe hinan, über die Kaiserin eilte ihr doch die Stufen hinunter entgegen; bis zu Thränen bewegt, schlossen sie einander in die Arme. — Bald nach der Abreise der Kaiserin fuhr unter Vice-Gouverneur F.M. Frhr. v. Baumgartner nach Stuttgart zum Kaiser, der morgen schon die Rückreise nach Wien antreten wird. Außer den schon genannten fürstlichen Herrschaften trafen auch Prinz und Prinzessin Karl von Hessen, Prinz Adalbert von Bayern und der Herzog und die Herzogin von Nassau zur Begrüßung der Kaiserin hier ein.

Ihre Majestät die Kaiserin sind am 23. November 12 Uhr 42 Minuten glücklich in Plymouth eingetroffen und haben Allerhöchstihre Reise am 24. November früh fortgelegt. Ihre Majestät die Kaiserin sind bei Allerhöchstihre am 21. d. M. in Antwerpen erfolgten Ankunft im Bahnhofe von Ihres k. Hoheit der Frau Herzogin von Brabant und Sr. k. Hoheit dem Grafen von Flandern empfangen worden. Se. Majestät der König traf am folgenden Morgen vor 8 Uhr in Antwerpen ein. Als Ihre Majestät die Kaiserin sich an Bord der k. Yacht „Viktoria und Albert“ bezogen, wurden Allerhöchstihre von Sr. Majestät dem Könige, der Frau Herzogin von Brabant und dem Grafen von Flandern begleitet. Das Weiter war wunderschön und der Quai mit einer unabsehbaren Menschenmenge bedeckt. In Berviers war Ihre Majestät die Kaiserin vom Großmarschall des Königs, dem Grafen van der Straeten Ponhoz, begrüßt worden, der Ihre Majestät ebenfalls bis Antwerpen begleitete; bei der Ankunft des kaiserlichen Auges waren sämtliche Civils und Militärbehörden der Stadt im Bahnhofe versammelt und ein Bataillon des dritten Infanterie-Regiments aufgestellt, dessen Musikkapelle die Österreichische Volkshymne spielte. Se. Majestät der König hatte gleich nach seiner Ankunft Ihrer Majestät der Kaiserin seinen Besuch melden lassen.

Sr. kais. H.H. Erzherzog Ferdinand Max und Erzherzogin Charlotte haben für die Abgebrannten des Dorfes Scopa 300 fl. gespendet. Das Comité, welches für die Vorbereitungen zu der Wiener Universitäts 500jährigen Jubelfeier im Jahre 1865 stattfinden soll, eingesetzt wurde, wird nach Neujahr seine regelmäßigen Sitzungen beginnen, um alle in dieser Angelegenheit gestellten Anträge zu erörtern. Der Herr Reichsrath Graf Leon Khun hat bekanntlich das Protectorat dieses Fest-Comité's übernommen.

Im Prozeß Richter wurde nach der Baronin v. Cynatten, deren Richtbeurteilung beschlossen ward, vernommen: am 21. der Zeuge Angel, Kanzleidienner bei der Creditanstalt, welcher dem Baron Cynatten im Auftrage Richters, zweimal zu verschiedenen Zeiten Pakete überbracht hatte; der Zeuge Hofrat Eker-Kraus, Generalriegs-Kommissär beim Armee-Ober-Commando; am 22. der Zeuge Miller v. Glomér, k. k. Kriegscommisär, Generalriegscommisär Boyer, die Mitangeklagten Krumbholz und Boyer, Zeuge Hauptmann Görner von der Prager Monturscommission, Zeugen Franz Politisch und Alois Christoph, Schneidebäumeister der Prager Monturscommission, Zeuge Oberst Georgi, Zeuge Anton Prelausch, Hauptmann bei der Stockerauer Monturscommission. Dienstag oder Mittwoch sollen die Plaidoyers beginnen.

Bayer erklärte, daß das Ergebnis der Cerealiensierung sei kein unglückliches. In der Aussage zurückhaltend, wurde er wegen Gedächtnisschwäche nicht beeidigt. Die vernommene Mannschaft wußte nichts von Geschenken. Oberst Georgi sagte, die Qualität der Ware sei gut, keine bessere sei geliefert worden. Er wurde gegen den Antrag des Staatsanwalts beeidigt. Der Angeklagte Heinrich Bayer erklärte die Geschenke für Erinkgelder.

Am 23. wurde Kallberg, der Geschäftsführer Hellmanns, vernommen. Derselbe erklärte, 583 Gulden an Offiziere und Mannschaft der Monturscommission von Baireuth eingetroffen war, um den Kaiser als Inhaber des Regiments zu begrüßen, wurde sofort zum Empfang vorgelassen und dekorirt. Am 19. Morgens 7 Uhr besuchte der Kaiser ohne Begleitung den Dom, um eine Messe zu hören. Von Seite des Liederkranses war das Anerbieten gemacht worden, der Kaiserin zu ihrem Namensfeste einen Morgengruß darzubringen, dasselbe wurde jedoch mit Dank abgelehnt. Um 10 Uhr erfolgte die Abreise. Die Kaiserin, welche durch ihre edle Erscheinung und hohe Schönheit den zahlreichen Anwesenden imponierte, sah weit besser aus, als nach den verbreiteten Nachrichten zu erwarten war. Sie grüßte und dankte huldvoll, war indeß von dem bevorstehenden Abschied tief ergriffen. Auch der Kaiser war sehr ernst, sah jedoch kräftiger als früher aus. Der Abschied am Bahnhofe war kurz und ausdruckslos. Der Kaiser schüttelte mehrmals mit Nachdruck seiner hohen Gemalin die Hand und entfernte sich mit einem Kusse auf dieselbe, die ihm nochmals zwinkerte. Hierauf fuhren beide mit Extrazügen in entgegengesetzten Richtungen ab — aus Mainz, 20. Nov., wird der A.B.Z. berichtet: Heute Morgen gegen 8½ Uhr ist die Kaiserin von Österreich mit einem Extrazug der rheinischen Eisen-

Österreichische Monarchie.

Wien, 24 Nov. Am 18. d. Abends nach 7 Uhr

trafen Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin von Österreich mit zahlreichem Gefolge (65 Personen)

in Bamberg ein und nahmen das Absteigquartier im Gasthofe „Zum deutschen Hause.“ Eine Deputation

des Offizierkorps des 13. Infanterie-Regiments, welche

von Baireuth eingetroffen war, um den Kaiser als

Inhaber des Regiments zu begrüßen, wurde sofort zum Empfang vorgelassen und dekorirt. Am 19.

Morgens 7 Uhr besuchte der Kaiser ohne Begleitung

den Dom, um eine Messe zu hören. Von Seite des

Liederkranses war das Anerbieten gemacht worden, der

Kaiserin zu ihrem Namensfeste einen Morgengruß

darzubringen, dasselbe wurde jedoch mit Dank abgelehnt.

Um 10 Uhr erfolgte die Abreise. Die Kaiserin,

welche durch ihre edle Erscheinung und hohe

Schönheit den zahlreichen Anwesenden imponierte, sah

